

wollten die Väter des Euro die Deutschen beruhigen. Die Euro-Retter beugen nun aber das europäische Recht, selbst taktisches Lügen ist nicht mehr ausgeschlossen. (Der Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, bekannte einmal: „Wenn es ernst wird, muß man lügen“ – für ihn offenbar das einzig probate Mittel zur Abwehr der „Spekulation“.) Eine wirksame Kontrolle durch die Parlamente findet immer weniger statt.

Deshalb haben wir es nicht nur mit einer ökonomischen Krise, sondern auch mit einer Vertrauenskrise der Politik und der Demokratie zu tun. Die Euro-Tragödie schleppt sich von einem traurigen Akt zum nächsten. Seit zweieinhalb Jahren türmen die Rettungspolitiker Hilfspaket auf Hilfspaket und weiten die Garantien stetig aus. Erst waren es 110 Milliarden Euro nur für Griechenland, nun der dauerhafte Rettungsschirm ESM mit 700 Milliarden Euro Stammkapital und 500 Milliarden Euro Ausleihkapazität. Hinzu kommt der verdeckte Bailout über das Target-2-System der Zentralbanken, in dem schon Forderungen von mehr als 1 Billion Euro des Nordens gegen den Süden aufgelaufen sind. Die Not ist so groß, daß die Zentralbank sich in das sumppige Gebiet der indirekten Staatsfinanzierung begeben und für mehr als 200 Milliarden Euro Anleihen gekauft hat.

Die Hilfgelder kurieren nur an den Symptomen herum

Trotz aller gigantischen Rettungssummen, mit denen Zeit für Reformen gewonnen werden soll, hat sich die Situation in den meisten südeuropäischen Ländern aber nicht stabilisiert; sie sind tiefer in den Strudel aus Rezession, Arbeitslosigkeit, steigenden Schulden und Risikoaufschlägen geraten. Denn die Hilfgelder kurieren nur kurzfristig die Symptome, die Defizite, nicht aber die Ursachen: die mangelnde Wettbe-

werbsfähigkeit. Griechenland, mit dem die Rettungssorgie im Mai 2010 begann, erscheint immer mehr wie ein Faß ohne Boden, in dem das Geld ohne Wirkung verschwindet. Trotz des zweiten Hilfspaketes und der Umschuldung im Frühjahr 2012 wird Athen die Last seiner Schulden nicht dauerhaft tragen können. Es geht Reformen zu zögerlich an und betreibt letztlich eine von den Euro-Finanzministern geduldete Insolvenzverschleppung.

Griechenland sei ein Sonderfall, tönt es seit Beginn der Krise. Vielschwerwiegender ist, daß nun Spanien und Italien in den Fokus der Finanzmärkte geraten sind. Ihre Risikozinsaufschläge steigen in gefährliche Höhen. Sollten sie unter den Rettungsschirm EFSF/ESM gehen müssen, dann wird es eng. Die Strategie der Kanzlerin, Hilfen gegen Auflage von Reformen und fiskalische Regeln zu gewähren, droht zu scheitern. Es ist nicht mehr ausgeschlossen, daß der Euro zum Sprengsatz im „Haus Europa“ wird.

Wie konnte es nur so weit kommen? Schon vor Einführung des Euro gab es dezierten Widerspruch von ökonomischen Fachleuten, die vor dem Versuch warnten, allzu unterschiedliche Volkswirtschaften unter ein Währungsdach zu pressen. Hauptargument der Skeptiker war damals, daß die Euro-Zone kein „optimaler Währungsraum“ (Robert Mundell) ist. In einer Währungsunion fällt das Ventil flexibler Wechselkurse weg. Daher müssen Anpassungen auf andere Weise erfolgen: durch flexible Güterpreise, flexible Arbeitsmärkte und Löhne und durch Migration von Arbeitskräften. Ansonsten muß der Ausgleich über fiskalische Transfers laufen, von den starken in die schwachen Länder. Schon vor Beginn der Euro-Währungsunion gab es Warnungen, daß sie auf eine Transferunion hinauslaufe. Der Tübinger Ökonom und Euro-Kläger Joachim Starbatty sprach von einer „Haftungsgemeinschaft“. Genau so kam es.

Zunächst erlebte die Peripherie nach der Euro-Einführung einen unsoliden Aufschwung: Die niedrigen Zinsen (real sogar unter 0 Prozent) lösten einen Kreditboom aus. Vor allem in Irland und in Spanien blähten sich die Immobilienpreise auf. In der Sonderkonjunktur stiegen die Löhne rasant, und die Lohnstückkosten kletterten in die Höhe: in Irland und Griechenland um mehr als 40 Prozent, in Spanien und Portugal um gut 30 Prozent. Die steigenden Einkommen und der Scheinreichtum heizten den Konsum an, der Import wuchs stark, die Leistungsbilanzen zeigten riesige Defizite an. Spiegelbildlich wuchs die Auslandsverschuldung, finanziert in großem Maß durch deutsches Kapital. Ein Einheitsleitzins für ein heterogenes Währungsgebiet führt zu Blasen, weil er für einige Gebiete zu niedrig ist. Die Schuldenkrise war mithin, schreibt der Harvard-Professor Martin Feldstein, „die unvermeidliche Folge davon, einer sehr heterogenen Gruppe von Ländern eine Einheitswährung aufzuerlegen“.

Während die Peripherie ihren künstlichen Boom erlebte, blieb das Wachstum in Deutschland nach Beginn der Währungsunion gedämpft. In den ersten zwölf Jahren nach Einführung des Euro hatte Deutschland die zweitniedrigste durchschnittliche Wachstumsrate des Euroraums. Allein diese Tatsache nährt Zweifel an der oft gehörten Behauptung, Deutschland sei „Hauptprofiteur“ des Euro gewesen. Erst seit der Krise haben sich die Kapitalströme umgedreht: Nun fließt das Kapital nicht mehr in den Süden, sondern wird hier investiert. Dies war ein wichtiger Faktor der starken Konjunktur der vergangenen zwei Jahre.

Unzweifelhaft gibt es auch Profiteure des Euro: Es nützt der Exportindustrie, wenn sie Wechselkursrisiken ignorieren und Transaktionskosten sparen kann. Aber seit die Blase an der Peripherie platzt, werben die Rechnungen dort indirekt über die

Rettungsmilliarden der Steuerzahler und das Target-2-System beglichen. Auch die Finanzindustrie hat vom Euro profitiert, weil sie leichter grenzüberschreitend Geschäfte machen konnte. Nun werden die Verluste sozialisiert. Mit den Hilfspaketen werden letztlich die Gläubiger der Pleistaaten – in erster Linie die Banken – getreten. Sie haben zu leichtfertig Geld verliehen, jetzt wälzen sie die Haftungsrisiken auf die Allgemeinheit ab. Dies ist die Kernbotschaft des Ökonomen-Protests um Walter Krämer und Hans-Werner Sinn, den kürzlich mehr als 250 Professoren unterzeichnet haben.

Die deutsche Politik hält verbissen an ihrem Kurs fest

Die große Mehrheit der deutschen Volkswirtschaftsprofessoren hält den Weg der Vergemeinschaftung von Schulden in Europa für falsch. Statt dessen müßten Möglichkeiten für eine geordnete Umschuldung gefunden werden; auch das Austreten von hoffungslos wettbewerbsunfähigen Staaten aus dem Euro wäre denkbar. Die deutsche Politik hält jedoch verbissen am bisherigen Kurs der Rettungspakete fest, den die Kanzlerin „alternativlos“ genannt hat. Natürlich gäbe es Alternativen, kluge Politik muß immer mehrere Möglichkeiten offenhalten. Da die Währungsunion jedoch von Anbeginn ein hochpolitisches Projekt war, wird die Alternative einer Schrumpfung der Währungsunion tabuisiert. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, behauptete die Kanzlerin apodiktisch.

Wie steht es nun um das „Friedensprojekt“? In der Krise brechen alte Ressentiments wieder auf, die Spannungen zwischen Gebern und Empfängern nehmen zu. Die mit den Hilfskrediten verbundenen Auflagen werden von den Empfängerländern als Zwang und Demütigung empfunden. Italienische Zeitungen schrieben